

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 2/51. Jahrgang

Februar 2020

Schutzgebühr: 0,40 €

Tablets in AWO-Kitas zum Schaden der Kinder

Alle sechs Gießener Kitas der AWO wurden Ende letzten Jahres mit Tablets ausgestattet. Die Presse bejubelte diesen „hessenweit einmaligen Versuch“ einer „spielerischen Digital-offensive“.

Dabei blieben alle sozialpädagogischen und medizinischen Warnungen und Erkenntnisse auf der Strecke. Es ist erwiesen, dass zu früher Umgang mit Tablets und Handys schädlich ist, dass er die Entwicklung

der Kinder hemmt, dass er sie krank und süchtig macht.

Kinder sollten bis nach dem Grundschulalter die Welt analog erfahren:

* In Südkorea, dem Land mit den meisten Handys, sind 95% aller Jugendlichen kurzsichtig, 30% sind süchtig. Computersucht ist eine von der WHO anerkannte Krankheit.

* Länder wie Finnland und Australien, die früh auf Computerunterricht gesetzt haben, haben wegen schlechter Erfahrung die Geräte wieder eingepackt.

* Eine ländervergleichende Auswertung der PISA-Studie ergab: je mehr Digitalisierung, umso schlechter die Leistungen.

* In Frankreich sind seit Sommer 2018 Handys für Kinder unter 15 Jahren an der Schule verboten.

Obwohl diese Fakten nicht neu und

allgemein bekannt sind, werden in Gießen Kita-Kinder mit Tablets zu Versuchskaninchen gemacht.

Mittendrin, wen wundert's, Jugenddezernentin Weigel-Greilich (Grüne). Sie will „herausfinden, was sich bewährt und was nicht“.

Gesponsert wird dieses unverantwortliche „Experiment“ u. a. von den Computer- und Beratungsfirmen Computech und Manutex.

(Fortsetzung auf Seite 2)



CETA - stimmen Grüne im Bundesrat zu?

Schon bald wird im Bundesrat über den Beitritt der BRD zum Freihandelsabkommen CETA abgestimmt. Die Grünen, bisher lautstarke Gegner davon, sind in elf Landesregierungen vertreten, in Baden-Württemberg stellen sie den Ministerpräsidenten. Sie hätten es in der Hand, zu ihrem Wort zu stehen und das Abkommen zu verhindern. Die nächste Sitzung des Bundesrats ist am 14. Februar. Noch kann Druck aufgebaut werden. „Das „Aktionsbündnis gegen CETA, TTIP und Co. in Gießen“ ist sehr besorgt über die Absicht der hessischen Regierungsparteien, CETA zuzustimmen, wie es im Koalitionsvertrag steht. Wir fordern, dass die hessische Landesregierung CETA

im Bundesrat nicht zustimmt. Und wir hoffen, dass die Bevölkerung die Gefahren des „Frei“-Handels noch rechtzeitig wahrnimmt.“ (aus einem Leserbrief von Mitgliedern des Aktionsbündnisses in der Tagespresse vom 18.1.20). - Zu befürchten ist aber, dass sie auch in diesem Fall – wie auch bei ihrer Zustimmung zur Rodung des Hambacher Forstes – den Erhalt ihrer Pfründe über ihre Überzeugung (sofern das noch der Fall ist) und über die Interessen ihrer Wähler stellen.

Regierungspartei auf Bundesebene kann sie nur werden, wenn sie die Interessen des Kapitals bedient – sei es mit CETA oder mit Krieg.



Inhalt:

Kapitalistische Agrar-Industrie	S.2
Winter-"Durchfall"/Sperrmüll	S.3
UKGM: Patienten nach Geld?/Tarifr.	S.4
Rechtes Tarnnetz/Stellenabbau Auto	S.5
Staatsterrorismus/Drohnen-Mord	S.6
Kriegsvorbereitung "Defender 2020"	S.7
Termine/Faschos+Kapital/Combat	S.8

Für Frieden und Sozialismus!



Kapitalistische Agrar-Industrie kontra Bauern und Klimaschützer

Während der Landwirtschaftsmesse „Grüne Woche“ in Berlin demonstrieren mehr als 10000 Menschen unter dem Titel „Wir haben es satt“ gegen Massentierhaltung, industriell hergestellte Lebensmittel, für Artenvielfalt und eine klima- und umweltfreundliche Landwirtschaft. Etwa gleichzeitig führen tausende Landwirte mit ihren Traktoren in viele Städte, um gegen zu niedrige Lebensmittelpreise und immer strengere Auflagen beim Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln wie Glyphosat zu protestieren. Was trennt oder verbindet die verschiedenen Demonstrationen? Den Landwirten scheint nicht klar zu sein, wo die Adressaten für ihre Forderungen sitzen, wer an ihrer Misere schuld ist. Gegenüber der Politik werden sie vom Deutschen Bauernverband vertreten – der vertritt aber nicht ihre Interessen, sondern die der Großagrarier. Diese bearbeiten tausende Hektar Land und halten zigtausende Tiere, sie sind eher In-

dustrielle und Investoren als Landwirte. Sie haben kein Interesse am Wohl und Erhalt der vielen Höfe. Jede Betriebsaufgabe ermöglicht es ihnen, noch größer zu werden. Deswegen

der landwirtschaftlichen Überproduktion in Länder, deren eigene Bauern dadurch ruiniert werden. Deswegen schließt die EU Freihandelsabkommen ab mit Regionen, in denen Agrarland und Menschen bedenkenlos vergiftet werden und Arbeitskraft wenig kostet. Neuestes Beispiel ist ein Abkommen mit Staaten in Südamerika (Mercosur). Dort wird der Vertrag zu mehr Urwaldabholzung, Brandrodung und Vertreibung von Kleinbauern und Ureinwohnern führen. Von dort eingeführt werden soll noch mehr billiges Soja für die Tiermast und absurderweise Rindfleisch, von dem es hier schon mehr als genug gibt.



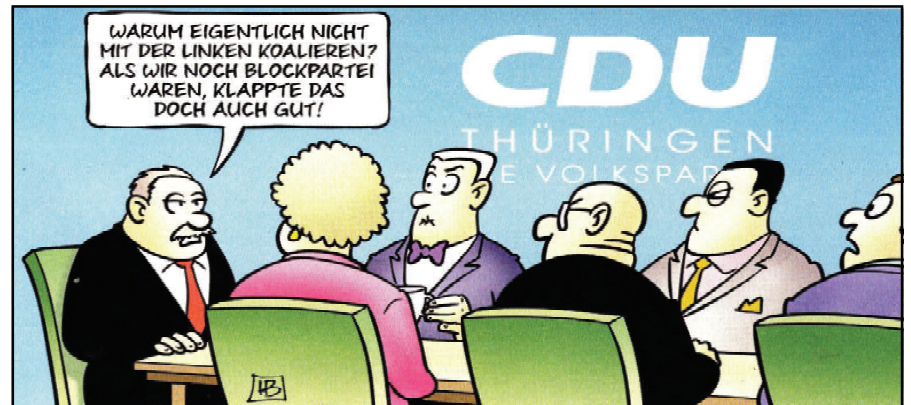
Von hier exportiert werden Landmaschinen, Luxusautos für die Oberschicht und Pestizide, die in der EU längst verboten sind. Die protestierenden Bauern auf ihren Traktoren und die demonstrierenden Tier-, Klima- und Umweltschützer haben die gleichen Gegner, sie sollten gemeinsam kämpfen. G.Linhart

werden die hohen Agrarsubventionen der EU immer noch vorwiegend nach bearbeiteter Fläche verteilt und sind nicht am Tierwohl und klima- und umweltfreundlicher Bearbeitung orientiert. Deswegen fördert die EU den Export

Ein rechter Gauckler

"Ich teile die Auffassung der politischen Menschen, die in Deutschland die Zeit noch nicht für gekommen sehen, die AfD als eine Partei, mit der man jetzt koalieren kann, zu betrachten." Gauck in einem Gespräch mit dem Sender N-TV im November 2019.

"Ich würde es für politisch nicht klug halten, wenn es Koalitionen geben sollte zwischen der Union und der Linkspartei." Gauck am 25.1.2020 in der GAZ.



(Fortsetzung von Seite 1)

Tablets in AWO-Kitas

Als es im vergangenen Jahr um die Ausstattung an Schulen mit Tablets ging, wurden die schädlichen Folgen, die auch mit der Digitalisierung verbunden sind, ausgeblendet. Es wurde vorrangig diskutiert, ob der Bund mit den 5 Milliarden, die das kosten soll, Einfluss auf die Länderhoheit nehmen will. Dass diese 5 Milliarden bei Licht betrachtet nichts anderes als eine Subventionierung der PC-Industrie ist, wurde wohlweislich verschwiegen.

Nicht anders ist es mit den Tablets in Kitas.

Der renommierte Gehirnforscher und Gegner der Digitalisierung im Kindesalter Manfred Spitzer (Standard-Werk: Digitale Demenz) sagt zu diesem Unwesen: "Alles, was ich dem Geist an Arbeit abnehme, verhindert Lernen, weswegen Computer Lernverhinderungsmaschinen sind!" Als Folgen nennt er u. a.: „Lese-, Aufmerksamkeits- und Schlafstörungen, Ängste, Übergewicht, Gewaltbereitschaft und sozialer Abstieg.“ Erika Beltz





Kostenlose Sperrmüllabfuhr mit Hindernissen

Seit dem 1. Juli 2019 wird der Sperrmüll in Gießen kostenlos abgeholt, eigentlich eine gute Sache, aber mit Tücken. Wie auch schon vorher muss man die einzelnen Gegenstände bei der Stadt schriftlich anmelden.

Während man früher wusste, an welchem Tag abgeholt wurde (z. B. an jedem 3. Mittwoch im Monat), bekommt man jetzt mit der Bestätigung einen Termin mitgeteilt. Und der kann im Schnitt sechs bis acht Wochen später sein. Und nicht nur das: Da der Sperrmüll nach Beschaffenheit gesondert abgefahren wird, kann es sein, dass der alte Staubsauger z. B. in vier Wochen geholt wird und das Sofa vier Wochen später. Eine Planung ist bei so einem Verfahren sehr schwierig, in Einzelfällen nicht möglich. Ob mit diesem Aufwand das Problem der illegalen Müllbeseitigung gelöst wird, ist fraglich. E.B.

**UZ-Sozialistische
Wochenzeitung der DKP**
UZ Woche für Woche
antikapitalistisch!

**6 Wochen
kostenlos testen**

www.unsere-zeit.de
Hoffnungstr. 18, 45127 Essen
info@unsere-zeit.de

Winter-„Durchfall“ unter der Brücke

Ist schon wieder das Wetter am Misserfolg Schuld? Wie bei der Landesgartenschau? Vielleicht liegt es auch daran, dass viele Menschen den Euro mehrmals umdrehen müssen, bevor sie ihn ausgeben können. Vielleicht war die Planung - an einer heruntergekommenen Autobrücke einen „Winterzauber“ zu veranstalten - von vorne herein zum Scheitern verurteilt. Oder es reicht nicht, dass neben 14 Sauf- und Fressbuden eine Kunsthandwerk-Bude die Kultur abdecken musste.

Jedenfalls war das „großartige Event“ mit projektierten „50.000 Besuchern“, das sich Eventmanager Trageser mit seinen Gönnern aus der Stadtleitung ausgedacht haben, ein Flop. Nicht einmal 15.000 konnten nach Angaben des Veranstalters auf das Gelände „gelockt“ werden. Die „schlechte Bodenbeschaffenheit“ beim „Kinderfunbereich“ hätte man schon vorher erkennen können.

Dabei waren die Vorbedingungen ein Schnäppchen: Nur knapp 400 Euro musste er an die Stadt abführen, die Aufmerksamkeits-Beleuchtung an der Brücke bekam er gratis geliefert. Etwa 1500 Euro musste jede Einheits-Bude an den Profiteur abzweigen. Die Tas-

se für den Glühwein kostete den Besucher 2,50 Euro, die in seine Kasse flossen. Die „Gießener Allgemeine“ hält wohl engen Kontakt zum Veranstalter, wie ihr Werbetransparent auf dem Rummelplatz zeigte. Umsonst wird das nicht gewesen sein. Ein „kurzer Prozess“ der grünen Umweltschützerin G. Weigel-Greilich gemeinsam mit „ihrem“ Gartenamt (Gartenamts-Vize Wiemer ist erklärter Fan von Tragesers „Strandbar“ im Landschaftsschutzgebiet „Wieseckau“) soll ohne Wissen des Magistrats diese Veranstaltung ermöglicht haben. Jedenfalls hält sich Veranstalter Trageser bedeckt, was eine Fortsetzung im nächsten Jahr betrifft.

Einen Ausweg sieht er, wie der „Gießener Anzeiger“ berichtet, in der Anbindung seines Rummels an den Innenstadt-Markt per Busverkehr. Die „Gießen-Marketing GmbH“ hat er selbstverständlich auf seiner Seite. Warum, fragt man sich, begehren die Standbetreiber des traditionellen Weihnachtsmarktes nicht gegen diese kulturlose Konkurrenz auf? Wer darauf wartet, dass sich die Sache ohne Gegenwehr erledigt, der kennt nicht die Gießener Kumpanei-Politik.

M.Berger



Wenn Kurzsichtige und Schwerhörige
auf einander treffen...

UKGM: Künftig Patienten je nach Kontostand?

Auf dem gemeinsamen Neujahrsempfang der Medizinischen Fakultät der Justus-Liebig-Universität und des Uniklinikums Gießen/Marburg (UKGM)

mehr als berechtigt. Das privatisierte Klinikum gibt immer wieder Anlass zu Kritik.

Das jüngste Beispiel zeigt sich in der

Uniklinik in Marburg. Dort hat der Betriebsrat ein Verfahren gegen die Kaufmännische Geschäftsführerin S. Heinis eingeleitet. Die Vorwürfe sind gravierend: Betriebsvereinbarungen, Arbeitsschutz- und Arbeitszeitgesetz werden häufig nicht beachtet.

Eine Abmahnung blieb erfolglos, genauso wie die vielen Überlastungsanzeigen des Personals. Der Vorstand lobte seinen Mutter-

konzern Rhön Kliniken AG dafür, in den vergangenen 15 Jahren fast 900 Millionen Euro im Klinikum investiert zu haben. Wer dieses Geld erwirtschaftet hat (die Belegschaft) und wie viele Millionen Profit er in dieser Zeit gemacht

und an die Aktionäre ausgezahlt hat, wurde nicht erwähnt. Außerdem kündigte der Vorstand an, das UKGM wolle in Zukunft stärker selber aussuchen, welche Patienten aufgenommen würden. Das sieht stark nach Rosinenpickerei aus – nicht die medizinische Notwendigkeit, sondern die Aussicht auf hohe Fallpauschalen sollen den Ausschlag geben, wer dort die Betten belegt.

Für die medizinische Versorgung in der Region sind das keine guten Aussichten.

Die in Deutschland bisher einmalige Privatisierung eines Uniklinikums hatte für Patientenversorgung, Forschung und Lehre nur negative Auswirkungen, auch wenn Uniführung, Landesregierung und Rhön AG hartnäckig das Gegenteil behaupten.

Gernot Linhart

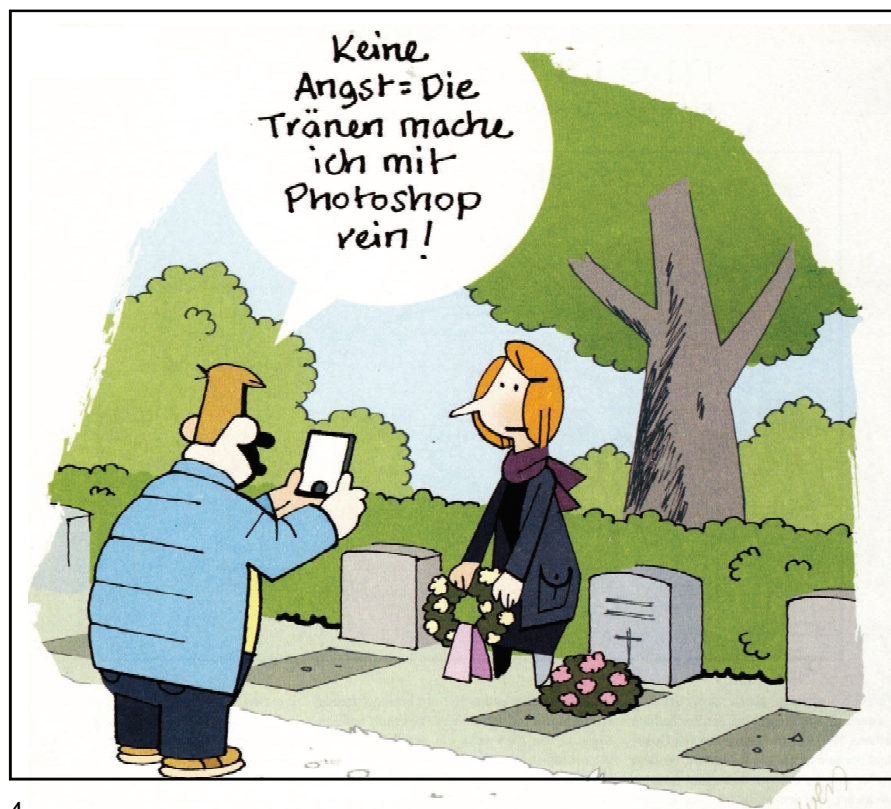


beschwerte sich der Vorstand des UKGM darüber, dass in der lokalen Presse zu schlecht über ihr Klinikum berichtet würde.

Die Gießener Allgemeine Zeitung wies dies sofort zurück – mit Recht. Die wenigen kritischen Berichte waren

beschwerte sich der Vorstand des UKGM darüber, dass in der lokalen Presse zu schlecht über ihr Klinikum berichtet würde.

Die Gießener Allgemeine Zeitung wies dies sofort zurück – mit Recht. Die wenigen kritischen Berichte waren



Tarifabschluss am UKGM

Ein Jahr lang hat die Gewerkschaft verdi mit dem Vorstand des UKGM verhandelt bis es zu einer befriedigenden Einigung über Lohnerhöhungen, Zulagen und Eingruppierungen kam. Für einige Berufsgruppen wie Medizinisch-Technische Assistenten und Lehrpersonal gibt es jetzt bessere Einstufungen, für alle nichtärztlichen Beschäftigte gibt es 60 Euro im Monat mehr (für Auszubildende 30 Euro), direkt in der Pflege tätige erhalten monatlich eine Zulage von 60 Euro. Besonders für die unteren Lohngruppen ist das eine deutliche Verbesserung. Bezahlung und Eingruppierung entspricht jetzt etwa der im Öffentlichen Dienst.

Die Hartnäckigkeit bei den Verhandlungen und die Warnstreiks im Vorjahr haben sich gelohnt!

G.L.

Gegen Altersarmut – nicht mit Faschisten! Rechtes Tarnnetz „Friday gegen Altersarmut“?

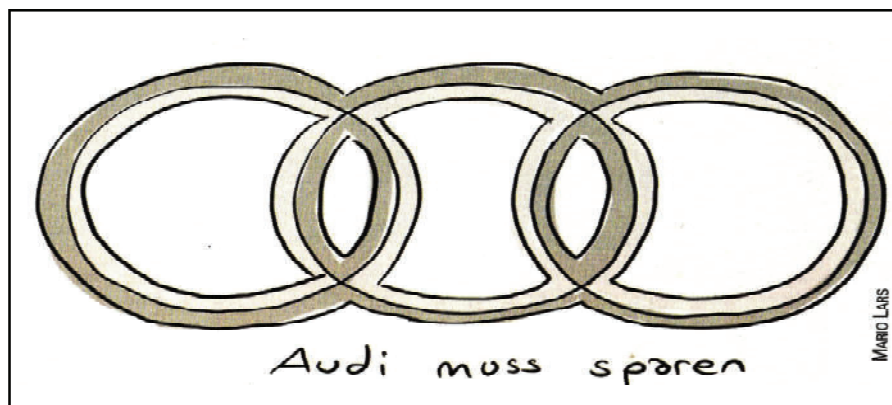
Seit Oktober 2019 besteht die Facebook-Gruppe mit bis heute über 300.000 Mitgliedern. Diese Gruppen werden von Menschen mit rechter und rechts-extremer Einstellung geleitet, die wiederum auf ihren Privatseiten rechte Propaganda verbreiten und dort mit anderen Rechten vernetzt sind.

Man findet auf diesen Seiten keine Artikel oder Analysen zur Altersarmut

und deren tatsächlichen Ursachen. Die Rechten propagieren ansonsten



ganz offen die Zerschlagung des Sozialstaates, sie akzeptieren den Nied-



Wir fordern: Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro und damit verbunden die sofortige Abschaffung des Niedriglohnsektors, Einführung einer solidarischen Mindestrente, keine Besteuerung der Renten, Anhebung des Rentenniveaus auf 70% des Lohnes, wie es vor der Agenda 2010 war, Verbot von Leiharbeit und Werkverträgen, keine unbezahlten Überstunden, Rückabwicklung der Riester-Rente und Wiedereinführung der paritätischen gesetzlichen Rentenversicherung.

riglohn-Sektor und damit die soziale Ungleichheit und die Altersarmut. Sie sind dafür, dass Empfänger und Empfängerinnen von Hartz IV unter Mindestlohn zur Arbeit gezwungen werden. Die Arbeitslosenversicherung soll unter „Rückbesinnung auf bewährte Tugenden“ privatisiert werden. Die Familie soll den Staat als Sicherungsträger weitgehend ersetzen. Es sind also taktische Motive der Rechten, wenn sie heute gegen Altersarmut eintreten und nicht Sorge und Einsicht über zunehmende Verarmung. Ursache ist der seit Jahrzehnten betriebene Abbau von Sozialleistungen. Der Kampf um die Rente ist Klassenkampf und lässt sich nur mit Überwindung des Kapitalismus gewinnen!

Martina Lennartz

Geplanter Personalabbau in der Automobilindustrie

Firmen		Beschäftigte weltweit	Beschäftigte Deutschland	Personalabbau Deutschland	Personalabbau weltweit
Automobil-Hersteller					
Audi	D	90.000	60.000	10.000	
BMW	D	135.000	keine Angaben	6.000	
Daimler	D	300.000	170.000	6.500	10.000
Ford	US				
Ford	A	200.000	25.000	5.000	
VW	D	665.000	120.000	14.000	30.000
Automobil-Zulieferer					
Benteler	A	30.000	7.000	400	
Brose	D	26.000	9.000	2.000	
BOSCH	D	230.000	140.000	5.000	
Continental	D	243.000	60.000	7.000	20.000
Mahle	D	80.000	8.200	380	600
Michelin	F	125.000	5.400	850	
Schaeffler	D	92.000	50.000	1.300	3.400
ZF					
Friedrichshafen	D	149.000	50.000	2.000	
Insgesamt (Angaben des Verband Deutscher Automobilindustrie)					
Insgesamt			840.000	120.000	

Die Zahlen stammen aus verschiedenen Quellen (Homepages der Automobilindustrie, aus Medien und Internetplattformen) und beziehen sich auf die Jahre 2019/18 – wenige auf 2017

Die nächste Krise kommt bestimmt, das ist kapitalistische Gesetzmäßigkeit. Wann und wie heftig sie sein wird, darüber wird spekuliert. Insbesondere die Automobilbranche wird betroffen sein. Die Umbrüche seien immens, betont IGM-Chef Hofmann.

„Statt Strategien für die Zukunft zu entwickeln, greifen viele wieder zu genau den Maßnahmen, die noch nie nachhaltigen Erfolg gebracht haben: Personalabbau, Einstellung der Produktion und Verlagerung“, klagt er. Ob allerdings sein Konzept des Verzichts auf Lohnerhöhung in der kommenden Tarifrunde zugunsten eines „Zukunftspakets“ zur Vermeidung von Entlassungen – z.B. durch staatlich geförderte Ausweitung von Kurzarbeit – aufgeht, scheint fraglich. **Kooperation und Lohnverzicht statt Klassenkampf war noch nie ein Erfolgsrezept.**

Staatsterrorismus oder „Der Schurkenstaat“

Was macht die Ermordung des iranischen Generalmajors Kassem Soleimani und des irakischen Hashd al-Shaabi Vize-Kommandeurs Abu Mahdi al-Muhandis besonders? Immerhin ermordete und ermordet das US-Imperium seit den Zeiten des Friedensnobelpreisträgers Barack Obama im Namen von Freedom & Democracy willkürlich tausende Menschen, vorwiegend im Nahen und Mittleren Osten. US-Präsidenten „arbeiten“ seither unverdrossen ihre Todeslisten ab und geben ihnen unbekannte Menschen, darunter auch US-Bürger, im Wortsinne für ihre Killer-Drohnen zum Abschuss frei. Das US-Mordprogramm ist zu einer täglichen Routine geworden. Weltweiter Mord, ohne jegliche juristische Konsequenz.

Das Neue ist, dass mit Abu Mahdi Al-Muhandis und in weitaus stärkerem Maße mit Kassem Soleimani höchste Kommandeure und wichtige Integrationsfiguren des Irak und des Iran ins Visier genommen wurden und dass Donald Trump ganz offiziell seine Verantwortung dafür erklärt hat. Die

politischen Folgen dieses offiziellen Aktes von Staatsterrorismus sind gravierend. Der Mordanschlag hat einen Aufschrei der iranischen und irakischen Bevölkerung zur Folge. Millionen waren bei den Trauerfeiern auf den Straßen. Das irakische Parlament erklärte die US-Truppen für unerwünscht. Widersetzt sich das Weiße Haus diesem Rauswurf, sind die US-Truppen in Irak ebenso unerwünschte Besatzer wie in Syrien. Die Stimmung in der Region wendet sich immer stärker gegen die US-Militärpräsenz. Während die zionistischen Rassisten in Jerusalem laut Beifall klatschen, wissen die wahhabitischen Saudis, dass sie, beziehungsweise

ihre Ölförderanlagen, nun unvermittelt ins Fadenkreuz geraten können. Wie viel sind Zusagen des Weißen Hauses noch wert? Soleimani und al-Muhandis sind ganz offensichtlich von der US-Regierung in eine Falle gelockt worden. General Soleimani war mit Diplomatenpass in diplomatischer Mission nach Bagdad gekommen. Er sollte in Bagdad Gespräche zur Entspannung des Verhältnisses zwischen Teheran und Riad führen. Das Weiße Haus wusste von diesem Vorhaben und hatte dankbare Zustimmung signalisiert – um dann die Emissäre abzuschießen... Klaus Wagener (gekürzt aus: unsere-zeit.de/der-schurkenstaat)

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantwortlich: Erika Beltz, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 30 € im Jahr (inkl. Versandkosten). Konto (Sparkasse), IBAN: DE75 5135 0025 0000 1930 70, BIC: SKGIDE5F. Druck: Gründruck Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: www.dkp-giessen.de

Redaktionsschluss für März-Echo: Mi., 19. Febr.

Liebe Leserinnen und Leser, wenn Sie an weiteren Informationen interessiert sind, wenden Sie sich an uns.

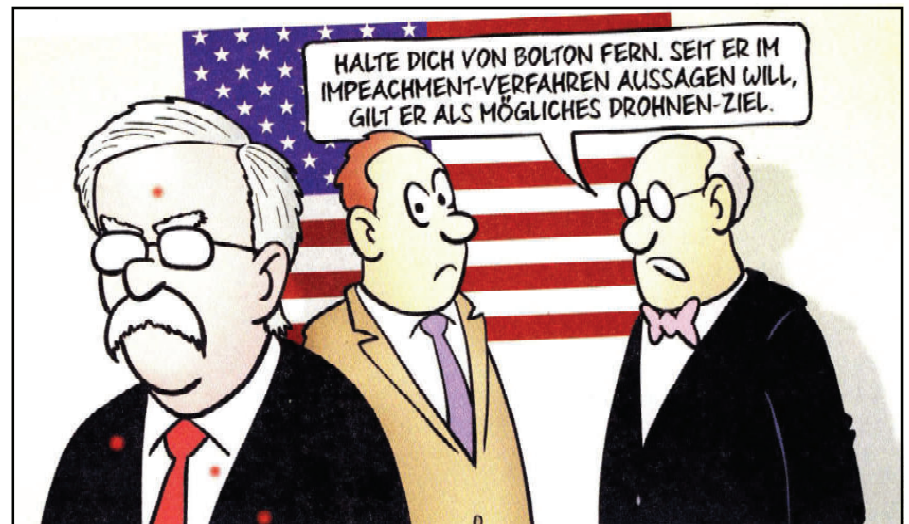
Ich möchte:

- das Gießener Echo abonnieren
- das GE online abonnieren
- Infos bekommen
- Einladung zu Veranstaltungen

Name:.....

Anschrift:.....

Mail:.....



Strafanzeige wegen Drohnen-Mord

Die BRD ist am Einsatz der US-Todesdrohnen, die von Ramstein gesteuert werden, mit beteiligt.

Nach der Ermordung des iranischen Generalmajors Soleimani hat Hermann Theisen, Friedensaktivist bei der DFG-VK, Strafanzeige bei der Generalstaatsanwaltschaft Zweibrücken erstattet und fordert Aufklärung. Extralegale Tötungen seien mit dem in Deutschland geltenden Rechtsstaatsprinzip nicht vereinbar, so Theisen. Er beruft sich dabei auf eine Stellungnahme der Juristenorganisation IALANA, wonach die US-Army bei der Nutzung von Liegenschaften auf deutschem Staatsgebiet dazu verpflichtet sei, deutsches Recht einzuhalten. Zudem verweist er auf ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts Münster vom März 2019, worin die Bundesrepublik

aufgefordert worden sei, US-Drohneinsätze auf ihre Vereinbarkeit mit dem Völkerrecht zu prüfen.

Die Bundesregierung ist dringend gefordert, die weitere Nutzung des US-Stützpunkts Ramstein für den US-Drohnenkrieg zu untersagen, um nicht selbst weiterer Kriegsverbrechen schuldig zu werden.

Und die Medien der BRD decken diese Verbrechen, indem sie stets nur von „Tötung“ reden und die rechtliche bzw. illegale Seite verschweigen. Tötung ohne Rechtsgrundlage, ohne Anklage und ohne Urteil ist Mord.

Oder sie stellen sich auf die Seite der Täter wie der „Kabarettist“ Dieter Nuhr: „Klar, Völkerrecht muss schon sein. Aber Völkerrecht hin oder her, so ganz den Falschen hat es ja nun nicht getroffen!“ (Nuhr im Ersten) E. Beltz

Kriegsvorbereitung mit „Defender 2020“

Fast 75 Jahre sind seit der Befreiung vom deutschen Faschismus vergangen, woran die Rote Armee der Sowjetunion einen entscheidenden Anteil hatte. Millionen Kriegstote, unfassbare Zerstörungen, menschliches Leid und Elend sind jedoch den herrschenden Imperialisten egal. Es ist wieder Zeit für Krieg!

„Defender 2020“, so die irreführende Bezeichnung, soll von Januar bis Mai 2020 den Aufmarsch von NATO-Truppen an der russischen Westgrenze proben. 37.000 Teilnehmer aus 18 Staaten werden Straßen und Flüsse verstopfen, Flug- und Seehäfen als militärische Drehscheiben nutzen und Kriegsgeräte über die Schienen transportieren. Die negativen Auswirkungen auf Mensch, Natur und Klima spielen keine Rolle.

Die erfundene Bedrohung durch Russland muss wieder einmal dafür herhalten, um die Steigerung der „Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit“ der NATO (Kramp-Karrenbauer) zu begründen. Deutschland präsentiert

sich dabei als Aufmarsch- und rückwärtiges Einsatzgebiet und somit als potentiell künftiges Schlachtfeld. Neben rund 1.750 Soldaten der Bundeswehr sind viele Kommunen direkt betroffen, indem sie das Kriegsmanöver zu unterstützen haben.

„Defender 2020“ ist ein Angriff auf den

Frieden in Europa und der ganzen Welt. Notwendig ist jetzt breiter Widerstand gegen diese Kriegsvorbereitung. Die DKP fordert: Kein Aufmarsch von NATO-Truppen an der russischen Westgrenze! Frieden mit Russland! Deutschland raus aus der NATO!

Rainer Grabowski



10.000 Menschen demonstrieren am 12. Januar in Berlin unter dem Motto: Luxemburg - Liebknecht - Lenin. Aufstehen und widersetzen! - Niemand ist vergessen!

Keine Bedürftigkeitsprüfung bei der Kulturloge

Im November schrieben wir unter der Überschrift „Vorsicht vor Wechsel von Grundsicherung zu Wohngeld“, dass dabei Vergünstigungen wie z.B. bei der Kulturloge wegfallen könnten. Das war so nicht korrekt. Gerne bringen wir folgende Berichterstattung:

„Hiermit erklärt die Kulturloge Gießen, dass etwaige Änderungen (Grundsicherung, Erhöhung des Sozialsatzes usw.) keinen Einfluss auf die Vermittlung von kostenlosen Eintrittskarten hat. Nach wie vor nehmen die Kulturlogen ganz bewusst keine Prüfung der Bedürftigkeit vor. Die Kulturlogen handeln nach den Grundsätzen „behutsam, würdevoll und nachhaltig“. Sie laden die Menschen, die aus finanziellen Gründen ausgegrenzt werden, ein, wieder am kulturellen und gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.“ - Für weitere Informationen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung und verbleibe mit freundlichen Grüßen

Heike Hass 1. Vorsitzende, Tel: 0641 31706

Gießener Echo

Kommunistische Zeitung für Gießen
Nr. 1 September 1970

Rückblick und Ausblick

Walter Dörr

Vor 42 Jahren - 1928 - ist das „Gießener Echo“ als Organ der Kommunisten für den Stadt- und Landkreis Gießen zum erstenmal erschienen.

In einer Zeit, als die damalige Regierung Marx in den Etat für das Jahr 1928 die Summe von 9,3 Millionen Mark als erste Rate für den Bau des Panzerkreuzers A einsetzte und die Bürgerbeschwerden den Betrag bewilligte, bot das den Anstoß für die Sozialdemokraten und die Kommunisten, ihre Opposition zu veranlassen.

Der Bau des Panzerkreuzers A stand deshalb im Mittelpunkt der Wahlpropaganda der Opposition. Die Sozialdemokraten leiteten den Feindbeweis aus folgenden Gründen ab: Sie wiesen darauf hin, daß ein Panzerkreuzer von nur 10 000 t keinen genügenden Kampfwert besitze und die Finanzlage des Reiches seinen Bau nicht zulasse.

Die Kommunisten dagegen bezeichneten den Bau des Panzerkreuzers A als den Beginn eines neuen imperialistischen Vortobes der deutschen Frontkrieger und Militärs. Über Panzerkreuzer A erhielt später den Namen „Deutschland“ und wurde durch die Beschädigung des spanischen Stadt Alcañiz im Frühjahr 1937 weltberühmt.

Die SPD hatte aber ihren erfolgreichen Wahlkampf unter der Losung gegen den Panzerkreuzer geführt. In dem Wahlauftrag der SPD sind die Worte: „sicheres“ „starkes“ „eine Mannschiff“ zu

wie am Krankenbett des Kapitalismus nur als Diagnostiker oder auch als Arzt, der versucht, die Krankheit zu heilen, oder als einziger Leben, der kaum das Ende erwarten kann und am liebsten noch mit Gift nachhelfen möchte? Mir scheint, daß wir dazu verurteilt sind, bald zu sein. Das Doktor, das sowohl zu helfen vermag, und zur selben Zeit müssen wir das Gefühl, daß wir die Fäden nicht aufrecht erhalten, die vorziehen würden, heute lieber als morgen die ganze kapitalistische System als Lebe zu überschmeißen.“ (Zitiert nach dem Protokoll der Leipziger Parteitag.)

Der Vorstand der SPD als Doktor, der den kranken Kapitalismus zu heilen suchte, mußte den parlamentarischen und dem außerparlamentarischen Kampf gegen die Brüning-Regierung als unzulänglich und ungenügend ablehnen. Damit lieferte er sich aber von Anfang an der von ihm geschriebenen Brüning-Regierung aus. Ohne auch nur die Möglichkeit in Erwägung zu ziehen, daß die Regierung eines Tages von ihren eigenen Hintermännern gestürzt und durch eine revolutionäre Regierung abgelöst werden könnte, stimmte der Vorstand der SPD dem brüningischen März-Notverordnungen zu, die das schon vorher verkündete Streikrecht der Arbeiter beschränkten.

Die Notverordnungs-Diktatur wurde wirksam. Sie gab dem Unternehmer das Recht, die Löhne um 10 - 20 % abzusenken. Die Freie Presse sollten um 75 % gesenkt werden.

In dieser Nummer:

Vormerken: 50 Jahre Gießener Echo

Im September 1970, vor fast 50 Jahren, erschien die erste Ausgabe des Gießener Echo. Das wollen wir feiern und zwar **am Samstag, 19. September, mit einer großen Grillfete.**

Wir bitten um Bezahlung der Abogebühren und um Spenden

Die benötigen wir dringend, um das Gießener Echo auch in Zukunft in dieser Auflage herausbringen zu können. Zudem hat die Post gerade das Porto um 20% erhöht. Diese Bitte richtet sich auch an unsere Online-Leser. Das Gießener Echo ist verlässlicher Partner im Kampf gegen Krieg und Sozialabbau, gibt Informationen, die andere verschweigen und unterstützt viele Gießener linke Organisationen und Initiativen in ihrer Arbeit. **Sparkasse Gießen, IBAN: DE75 5135 0025 0000 1930 70.** Es grüßt mit herzlichem Dank die Echo-Redaktion

Hinter dem Faschismus steht das Kapital!

Das Gießener Echo hatte darüber berichtet, dass Marco Wruck für die Partei die Rechte eine Demonstration in Gießen angemeldet hat. Der ehemalige NPD-Kreisvorsitzende von Bautzen hat jetzt die für den 15.2. angemeldete Demonstration abgesagt. Er wolle am 15.2. in Dresden marschieren. Außerdem heißt es nun, er hätte die Demonstration nur als Privatperson und nicht für die Partei die Rechte angemeldet. Das wurde jetzt auch von einem der Parteivorsitzenden der Partei, Sascha Krolzig,

gegenüber der GAZ bestätigt. Die NPD hatte ihn unter dem Vorwurf Parteigelder veruntreut zu haben aus der Partei geworfen, wie die Sächsische Zeitung am 17.8.2017 berichtete.

Unabhängig von der Entscheidung der Faschisten wird es am 15.2.2020 antifaschistische Aktionen in Gießen geben. Ab 11 Uhr wird vom Bahnhofsvorplatz die Demonstration des Bündnisses Antifaschistische Basis Gießen starten. Das Motto ist "Gegen Faschismus, Armut, Krieg und Krise".

Ab 13 Uhr veranstaltet das Bündnis Gießen bleibt bunt eine Kundgebung unter dem Motto "Gemeinsam gegen Rechts" vor dem Hauptgebäude der Universität. Gemeinsam gegen Faschismus, Armut, Krieg und Krise! Gerade dieses Motto richtet sich konkret gegen die kapitalistische Gesellschaft. Thematisiert wird der Imperialismus mit seinen Konsequenzen für die arbeitenden Menschen und der Umstand, dass es ohne Kapitalismus keinen Faschismus geben kann.

Henning Mächerle



www.jungewelt.de/testabo
Abotelefon: 030 53 63 55 50

Sie lügen wie gedruckt.
Wir drucken, wie sie lügen.

"Combat 18" verboten - Seilschaften unverändert

Am 23. Januar hat sich das Innenministerium endlich dazu durchgerungen, die faschistische Gruppe „Combat 18“, die sich durch rassistische, ausländer- und schwulenfeindliche sowie antisemitische Hetze auszeichnet, zu verbieten. Dazu hat man sich über ein halbes Jahr lang Zeit gelassen, während dessen alle belastenden Unterlagen beseitigt, das Vermögen beiseite geschafft und die Mitglieder - es sollen ohnehin nur 20 gewesen sein - sich anderen Fascho-Gruppen anschließen konnten.

Gefeiert wird das Verbot als großer Schlag gegen den Rechtsextremismus mit einem Polizeieinsatz von 210

Beamten und acht Hausdurchsuchungen in sechs Bundesländern.

Viel Erkenntnisgewinn dürfte dieser Großeinsatz nicht bringen, nicht nur, weil den Nazis hinlänglich Zeit zum „Verdunkeln“ gegeben wurde.

Bislang sind Polizei, Justiz und Verfassungsschutz nicht durch großen Eifer bei der Aufklärung rechter Verbrechen aufgefallen.

Die Ermittlungen gegen „Stephan E.“ z. B., der den Mord an Walter Lübke erst gestanden, dann widerrufen hatte und schließlich einen weiteren Täter nannte, ziehen sich hin. Und das, obwohl seine Kontakte zu „Combat 18“ als auch zum NSU - er taucht

elfmal in den NSU-Akten auf - bekannt sind. Auch hatte er Kontakt zum ehemaligen V-Mann Temme (genannt „Kleiner Adolf“), der beim NSU-Mord an Halit Yozgat in Kassel anwesend war, aber nichts mitbekommen haben will.

Dieser rechte Klüngelsumpf stinkt derart zum Himmel, dass die Akten für 120 Jahre gesperrt wurden (was dann auf 30 Jahre reduziert werden musste).

Die Verwicklungen zwischen Verfassungsschutz und rechtem Terror sind so eng, dass man nicht mehr erkennen kann: Wo fängt das eine, wo hört das andere auf? Michael Beltz



Info-Stände der DKP 2020:

7. März, 4. April, 11. April, 25. April, 6. Juni, 4. Juli, 8. August, 5. September, 26. September, 31. Oktober; jeweils samstags ab 10.30 Uhr in der Fußgängerzone



blog.unsere-zeit.de
www.dkp-hessen.de
www.dkp-giessen.de
DKP-Gießen auch bei facebook

Buchenwald

Am Samstag, dem 21. März, wird es von DKP und SDAJ eine gemeinsame Fahrt zur Gedenkstätte Buchenwald geben mit Führung. Interessenten bitte bei der Echo-Redaktion melden.

Jeden Montag, 18 bis 19 Uhr

bei den 3 Schwätzern:

Protest gegen Hartz IV